

P R O T O K O L L  
der 313. Sitzung des Grossen Gemeinderates

---

Datum	Dienstag, 23. Oktober 2007
Zeit	19.30 – 21.05 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künzi-Egli Barbara
Mitglieder	Aebersold Jürg, Aeschimann Pia, Bärtschi Markus, Beck Jolanda, Brügger Yong, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat- Dangel Caroline, Diem Cyrill, Friedli Rolf, Gantner Urs, Gossweiler-Ebnetter Isabelle, Graham Marina, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Lehmann Beat, Loosli Marc, Mallepell Elisabeth, Manz- Tanner Judith, Marti Beat, Meyer Roland, Müller Maya, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schneider Beat, Schönenberger-König Daniela, Siegenthaler Urs, Staub Bettina, Stauffer Nando, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
Stimmzählerinnen	Ruta Francesca, Wenger-Kupferschmied Ursula
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Hanke Thomas, Pulver-Schober Beatrice, Stalder Ritschard Barbara, Staub Christian
Zusätzlich anwesend zu Traktandum 2 + 3	Schmid Beat, Finanzverwalter
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Brüngger Samuel, Schwander Fritz, Ziberi Johanna GR: Mangold Kathrin
Protokoll	Susanne Weber, Stv. Gemeindeschreiberin

---

Geschäfte 6

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 18. September 2007	317
2	Desinvestitionen von Liegenschaften	317
3	Investitions- und Finanzplan 2007 - 2012 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteuersatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2008	319
4	Einführung Tempo 30 in den restlichen Quartieren; Objektkredit	328
5a	Dringliche Interpellation Turbenweg von Urs Grütter, SVP	329
5b	Neue parlamentarische Vorstösse	330

## Mitteilungen

Die Vorsitzende eröffnet die 313. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse speziell die neue Protokollführerin, Frau Susanne Weber. Sie begrüsse zudem Herrn Beat Schmid, Finanzverwalter, welcher für allfällige Fragen zur Verfügung stehen werde.

Thomas Hanke orientiert über die Verhandlungen zum Baurecht Fähribeizli. Es stimme nicht, dass der Gemeinderat Frau Meier den Pachtvertrag für das Fähribeizli gekündigt habe. Dies sei ihm bereits so zugetragen worden. Tatsache sei, dass der Baurechtsvertrag mit der Erbengemeinschaft Schmid per Ende April 2008 auslaufe. Wie es der Baurechtsvertrag vorsehe, habe die Gemeinde betreffend Verlängerung des Baurechtsvertrages rechtzeitig mit dem Baurechtsnehmer Kontakt aufgenommen. Diese Verhandlungen hätten einerseits ergeben, dass die Erbengemeinschaft kein Interesse habe, dieses Baurecht weiterzuführen. Die Gemeinde habe sich natürlich auch Vorstellungen darüber gemacht, wie ein Baurechtszins in der heutigen Zeit auszugestalten sei, dies immer im Hinblick darauf, dass im Gebiet des Fähribeizli ein Naherholungsgebiet liege, bei welchem ein typisches Fähribeizli wie bis anhin begrüsst würde. Auf der anderen Seite wolle die Gemeinde die Liegenschaft - der Gemeinde gehöre lediglich das Grundstück - nicht unbedingt zurückkaufen. Im Internet sei zu lesen, dass die Erbengemeinschaft Schmid die Liegenschaft für ca. CHF 420'000.00 zum Verkauf ausgeschrieben hätte. Die Gemeinde verfüge über leicht andere Schätzungspreise. Derzeit seien nun drei Parteien beteiligt; die Gemeinde, welche einen neuen Baurechtsvertrag abschliessen möchte, die Erbengemeinschaft, welche mit der Veräusserung der Liegenschaft einen möglichst hohen Gewinn erzielen möchte und schliesslich seien potentielle interessierte neue Pächter involviert. Damit im Sommer 2008 kein Wechsel stattfindet, habe die Gemeinde den Baurechtsvertrag mit Frau Meier bis Ende Dezember 2008 verlängert. Sobald die Verhandlungen mit interessierten Pächtern fortgesetzt seien, werde er wieder über den Stand des Geschäftes orientieren.

## Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste liegen keine Einwände vor.

## 1 **Protokoll der Sitzung vom 18. September 2007**

### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

## 2 **Desinvestitionen von Liegenschaften**

Die Vorsitzende orientiert, dass dem Parlament eine ausführliche Botschaft über die Absichten des Gemeinderates betreffend Desinvestitionen von diversen Liegenschaften vorliege. Das Reglement über die Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens sowie eine Fotodokumentation lägen als Beilage zur Botschaft vor.

Rolf Friedli nimmt namens der GPK zum vorliegenden Geschäft wie folgt Stellung: Die GPK habe das Geschäft zur Desinvestition von Liegenschaften geprüft. Insbesondere habe sich die GPK mit den sieben Kriterien zum Entscheid von Desinvestitionen befasst. Die GPK sei der Meinung, dass diese Kriterien sinnvoll und zweckmässig seien. Zudem sei man sich einig gewesen, dass diese Kriterien auch für künftige Desinvestitionen eine gute Entscheidungsgrundlage bieten würden. Mit den einzelnen Objekten, welche zur Desinvestition vorgeschlagen würden, habe sich die GPK nicht substantiell auseinandergesetzt. Die GPK sei der Meinung, dass sich das Parlament dieser Aufgabe annehmen müsse. Die GPK empfehle aus den dargelegten Gründen, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Thomas Hanke erläutert als gemeinderätlicher Sprecher, dass die vorliegende Botschaft die Folge des Reglements betreffend Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens sei, welches das Parlament letztes Jahr erlassen habe. Es sei aufgezeigt worden, welche Mittel benötigt würden, um die Liegenschaften auf einem guten Niveau zu halten. Der entsprechende Betrag habe das Parlament gesprochen. Es sei aber auch aufgezeigt worden, dass im Portefeuille der Gemeinde Muri bei Bern Liegenschaften vorhanden seien, welche sehr teuer im Unterhalt seien und der Beurteilung nach den aufgeführten sieben Kriterien nicht Stand hielten. Aus den ausgeführten Gründen mache der Gemeinderat dem Parlament beliebt, die aufgeführten Liegenschaften bzw. Wohnungen zu desinvestieren. Dies solle aber nicht von heute auf morgen geschehen, sondern in einem vernünftigen Zeitrahmen erfolgen. Die natürliche Staffelung der Desinvestitionen ergebe sich durch die unterschiedlichen Nutzungen der Objekte. So seien zum Beispiel die Kindergärten noch in Betrieb. Weiter seien Liegenschaften vorhanden, welche der Gemeinde ohnehin Erträge generieren würden und vermietet seien, wie beispielsweise die Stockwerkeigentümereinheiten am Turbenweg. Alle Objekte sollten Schritt für Schritt zu einem vernünftigen Marktwert zum gegebenen Zeitpunkt veräussert werden. Die Desinvestition der drei Stockwerkeigentümereinheiten liege in der Finanzkompetenz des Gemeinderates. Die Desinvestition aller übrigen Liegenschaften werde dem Parlament zum Entscheid unterbreitet. Das Parlament könne somit bei jeder Veräussertung aktiv mitbestimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Vorab allgemeine Fraktionserklärungen, anschliessend erfolge die Detailberatung.

Daniela Schönenberger erklärt, die Forum-Fraktion begrüsse den Kriterienkatalog, welcher dem Gemeinderat für die Desinvestition von Liegenschaften anwenden wolle. Die präsentierten Verkaufsobjekte seien das Resultat einer Evaluation, welche auf-

grund dieser sieben Gesichtspunkte erfolgt sei. Manche dieser Liegenschaften, insbesondere die Kindergartengebäude, würden einen massiven Sanierungsbedarf aufweisen. Bei diesen müssten in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen getätigt werden. Die Forum-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates zur Desinvestition von Liegenschaften und halte dabei klar fest, dass ihr Ziel die Reinvestition und nicht ein Gewinn zu Gunsten der Finanzsituation sei. Erst wenn optimale Raumkonzepte für die neuen Kindergartenstandorte gefunden und die unumgänglichen Umgestaltungs- und Sanierungsarbeiten realisiert worden seien, könne man - wenn noch Geld übrig bleibe - über einen Beitrag in die Gemeindekasse diskutieren.

Urs Siegenthaler führt im Namen der FDP/jf-Fraktion aus, dass das vorliegende Geschäft sehr sorgfältig vorbereitet worden sei. Dem Parlament sei eine Dokumentation zur Verfügung gestellt worden, welche das Vorhaben in drei Phasen aufzeige, nämlich mit dem entsprechenden Reglement, der dazugehörigen Botschaft sowie Bildmaterialien. Diese ausführlichen Unterlagen ermöglichten einen Beschluss, respektive eine Antwort zu verfassen. Liegenschaften zu besitzen bedeute für den Eigentümer, diese auch zu unterhalten. Liegenschaften, welche in ihrem Unterhalt (zu) hohe Kosten verursachten, sollten verkauft werden. Das Gleiche gelte für Liegenschaften, welche wirtschaftlich besser genutzt werden könnten, vorausgesetzt das Grundstück erlaube es, zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Gemeinderat offeriere dem Parlament einen Vorschlag, welcher die FDP/jf-Fraktion zur Kenntnis nehme und es dem Gemeinderat erlaube, weitere, etappenweise Schritte vorzubereiten, bei welchen das Parlament abschliessend darüber befinden könne. Die FDP/jf sei überzeugt, dass der Gemeinderat seine Aufgaben pragmatisch lösen werde. Der Erlös solle für den Schuldenabbau, bzw. für Neuinvestitionen, namentlich auch im Schulbereich, verwendet werden. Fondsbildungen sollten dabei nicht geschaffen werden. Die Gemeinde verfüge nur über eine Kasse. Der Erlös diene auch nicht zur direkten Verbesserung der Jahresrechnung. Die FDP/jf-Fraktion sei vom Vorgehensvorschlag des Gemeinderates überzeugt und stimme diesem einhellig zu.

Beat Wegmüller informiert, dass die SP-Fraktion bei der damaligen Debatte zum Reglement betreffend die Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens angekündigt habe, dass die in Aussicht gestellten Desinvestitionen genau betrachtet werden würden. Die SP-Fraktion habe sich eingehend mit diesem Geschäft auseinandergesetzt und er könne bereits jetzt mitteilen, dass die SP-Fraktion dem Vorhaben ihre Zustimmung geben könne. Insbesondere die transparenten Kriterien des Gemeinderates, welche zu einer Entscheidungsfindung beitragen würden, hätten die SP-Fraktion überzeugt. Aus den ausgeführten Gründen stimme die SP-Fraktion vorbehaltlos dem Antrag des Gemeinderates zu.

Markus Bärtschi orientiert, dass die SVP-Fraktion vom vorliegenden Geschäft zustimmend Kenntnis genommen habe und den beantragten Beschluss unterstütze. Die SVP erachte die Kriterien als nachvollziehbar und vernünftig. Die Anwendung der in der Vorlage aufgeführten Kriterien sei zutreffend und werde unterstützt. Zur Frage der ausserordentlichen Erträge werde sich die SVP bei Traktandum 3 äussern. Die SVP frage sich aber, ob die Liste der aufgeführten Liegenschaften vollzählig sei, bzw. ob die richtigen und wichtigen Objekte enthalten seien. Aufgeführt seien Einfamilienhäuser, Kindergärten und kleine Grundstücke, welche eher peripher gelegen seien. Das Filetstück des Immobilien-Portefeuilles der Liegenschaften im Finanzvermögen sei nach Meinung der SVP nicht enthalten. Am Tag vor der heutigen Sitzung habe eine Informationsveranstaltung zum neuen Gümligenzentrum am Turbenweg stattgefunden. Es stelle sich auch hierbei die Frage der Desinvestition. In Zusammenhang mit dieser Planung stellten sich drei Fragen: Ob der Gemeinderat gewillt sei, diese vielgelobten Kriterien auch für künftige Desinvestitionen anzuwenden, ob er dies allenfalls bereits gemacht habe und wenn ja, welche Schlüsse er daraus gezogen habe.

Hans-Rudolf Saxer bedankt sich für die positive Aufnahme des gewichtigen Vorhabens. Die Situation der vom Sprecher der SVP-Fraktion aufgeworfenen Planung Turbenweg stelle sich momentan wie folgt dar: Derzeit laufe die Ausschreibung zur Desinvestition des Grundstückes und parallel dazu die öffentliche Planaufgabe. Die Ausschreibung laute dahingehend, dass die Gemeinde das Grundstück Sportplatz Turbenweg grundsätzlich verkaufen wolle. Der Grund dafür sei, dass für das projektierte Bauvolumen nach heutigem Stand des Projektes mit einer Gesamtsumme bzw. Baukosten von rund CHF 50 Mio. gerechnet werden müsse. Es sei eine Erfahrungstatsache, dass professionelle Investoren in aller Regel nicht bereit seien, derart hohe Summen in eine Parzelle zu investieren, wenn sie nicht gleichzeitig Eigentümer des Grundstückes werden könnten. Diese Angaben basierten auf Erfahrungswerten, welche die Gemeinde durch verschiedenste Investoren erfahren habe. Aus diesem Grund sei das Grundstück zum Verkauf ausgeschrieben worden. Wenn nach Ablauf der Ausschreibung interessante Offerten vorliegen würden, könne selbstverständlich mit den Investoren über eine allfällige Alternative diskutiert werden, ob allenfalls eine für die Gemeinde ansprechende Lösung im Baurecht angestrebt werden könne. Diese Lösung erscheine aber zum heutigen Zeitpunkt ziemlich fraglich. Diese Frage werde aber zu gegebener Zeit mit den Investoren besprochen.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht weiter verlangt.

Sowohl Rolf Friedli, GPK-Sprecher, wie auch Thomas Hanke, GR-Sprecher, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Grosse Gemeinderat nimmt in zustimmendem Sinn von den Desinvestitionsabsichten des Gemeinderates Kenntnis und beauftragt diesen, ihm zu gegebener Zeit die notwendigen Anträge zu unterbreiten.

### **3 Investitions- und Finanzplan 2007 - 2012 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteuersatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2008**

Die Vorsitzende erläutert, dass nebst den üblichen Unterlagen zu diesem Geschäft zusätzlich eine Zusammenstellung der wesentlichen nicht gebundenen Ausgaben in Erfüllung der am 19. Juni 2007 angenommenen Motion FDP/jf vorliege.

Martin Häusermann nimmt namens der GPK zum vorliegenden Geschäft wie folgt Stellung: Die GPK empfehle einstimmig, den vier Anträgen des Gemeinderates zu folgen, es seien dies die Genehmigung des Investitionsplans, die Kenntnisnahme des Finanzplans, die Gewährung der Besoldungsanpassung von max. 1,9 % sowie die Genehmigung des Voranschlags 2008. Gegenüber dem letztjährigen Finanzplan, welcher für das Jahr 2008 ein Defizit von CHF 5,9 Mio. ausgewiesen habe, könne eine deutliche Verbesserung festgestellt werden. Dies nicht zuletzt wegen dem voraussichtlich ausserordentlich guten Rechnungsabschluss 2007. Der Rechnungsabschluss werde begünstigt durch ausserordentliche Steuererträge, den Erlös aus Landverkauf und dadurch, dass die Auswirkungen der Steuergesetzrevision erst im Jahr 2009 wirksam würden. Mit dieser positiven Feststellung wachse aber auch die Erkenntnis, dass eine Mehrjahresplanung jeweils mit Vorsicht zu geniessen sei. Die GPK dürfe mit Befriedigung feststellen, dass der Bereich Sachaufwand straff geführt werde und die anvisierte Reduktion um 2,5 % gegenüber der Vorjahresrechnung eingehalten werde. Bezüglich der in der Motion geforderten Transparenz bei nicht gebundenen Ausgaben habe der Gemeinderat in der Botschaft ausführlich auf die Prob-

lematik hingewiesen. Auch der GPK sei aufgefallen, dass ergänzende Kommentare nötig seien, um diese Angaben richtig zu nutzen. So seien beispielsweise einzelne Positionen lastenausgleichsberechtigt, was nicht auf den ersten Blick ersichtlich sei. Gewisse Angaben seien zudem approximativ, weil eine Aufteilung nicht mit vernünftigen Aufwand zu machen sei oder teilweise fehlten Positionen wie die Spitex oder die Musikschule. Die GPK sei aber der Meinung, dass in erster Linie die Motionärin beurteilen müsse, ob diese Antwort zweckmässig sei. Im Weiteren habe die GPK die Anpassungen der Rückstellungen für Steuerteilungen diskutiert und erfahren, dass diese situative Anpassung ein üblicher Prozess sei. So könnten im Jahr 2008 die Rückstellungen um CHF 1 Mio. reduziert werden. Die GPK habe sich versichern lassen, dass hierbei nicht ein erneuter Fonds gefunden worden sei, welcher nun aufgelöst werde. Die Veränderung werde zudem jeweils nachträglich vom Revisionsorgan überprüft.

Hans-Rudolf Saxer orientiert als gemeinderätlicher Sprecher, dass der Gemeinderat dem Parlament ein erfreuliches Budget 2008 und einen gegenüber den Vorjahren wesentlich verbesserten Finanzplan unterbreiten könne. Wie gross die Verbesserung sei, könne am besten erfasst werden, wenn man die Zahlen des aktuellen Finanzplanes mit den Finanzplanzahlen des Vorjahres (18. September 2006) vergleiche. Am Beispiel des im Vordergrund stehenden Budgetjahres 2008 seien folgende Vergleiche nennenswert:

	<b>Finanzplan alt</b>	<b>Finanzplan neu</b>
Ergebnis Laufende Rechnung	- CHF 5,9 Mio.	- CHF 1,3 Mio.
Verschuldung	CHF 53 Mio.	CHF 38 Mio.
Eigenkapital	CHF 7 Mio.	CHF 17 Mio.

Er unterstütze die Aussage des GPK-Sprechers zur Mehrjahresplanung. Diese Vergleiche seien für den Gemeinderat der Beweis, dass eine Mehrjahresplanung sinnvollerweise jedes Jahr neu überprüft und eine neue Lagebeurteilung vorgenommen werden müsse. Innerhalb von sehr kurzer Zeit könnten Ereignisse eintreffen, welche die Gemeinde in keiner Art und Weise beeinflussen könne. Dass die Verbesserung mindestens teilweise nachhaltig sei, beziehungsweise nicht auf das Jahr 2008 beschränkt sei, zeige der Vergleich im Jahr 2011, dem letzten Finanzplanjahr:

	<b>Finanzplan alt</b>	<b>Finanzplan neu</b>
Ergebnis Laufende Rechnung	- CHF 3,8 Mio.	- CHF 3,4 Mio.
Verschuldung	CHF 67 Mio.	CHF 46 Mio.
Eigenkapital	CHF 7 Mio.	CHF 4 Mio.
	Bilanzfehlbetrag	Eigenkapital

Die Verbesserung des Ergebnisses der Laufenden Rechnung für das Jahr 2008 betrage CHF 4,6 Mio. Diese Besserstellung sei auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Ertragsseitig seien folgende Punkte hervorzuheben: Der Landverkauf Hargarten bringe zusätzliche CHF 2 Mio. ein. Der Vertrag sei öffentlich beurkundet worden und die Zahlungen würden nächstes Jahr fällig. Zudem seien die Steuereinnahmen höher als budgetiert. Dies sei einerseits auf die gute Konjunktur und andererseits auf den Entscheid des Grossen Rates, nach welchem die Revision des Steuergesetzes erst per 2009 in Kraft treten werde, zurückzuführen. Schliesslich bringe die Auflösung der Rückstellungen für Steuerteilungen zusätzlich rund CHF 1 Mio. ein. Dies sei ebenfalls ein wichtiger Punkt, welcher jedes Jahr neu überprüft werden müsse.

Der Abschluss der Jahresrechnung 2007 zeige ein deutlich besseres Bild, als habe angenommen werden müssen. Im Gegensatz zum Budget 2007, welches ein Defizit von CHF 0,4 Mio. vorgesehen habe, gehe man heute davon aus, dass das Jahr 2007 mit einem Überschuss von über CHF 7 Mio. abschliessen werde. Der "Löwenanteil"

an dieser höchsterfreulichen Besserstellung, nämlich CHF 6,8 Mio., sei auf unerwartet hohe Eingänge bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern zurückzuführen. Praxisgemäss würden jährlich rund CHF 300'000.00 für diesen Posten eingestellt. Namentlich betreffe dies einen einzelnen Fall, welcher wohl einmalig bleiben dürfte. Damit sei gleichzeitig auch klar, warum dieser unerwartete Geldsegen nicht habe budgetiert werden können. Diese Besserstellung um mehr als CHF 7 Mio. betreffe einmal das Jahr 2007 selbst. Damit ein aktualisierter Finanzplan habe erstellt werden können, habe ein provisorischer Jahresabschluss für das Jahr 2007 vorgenommen werden müssen. Der im Sinne einer provisorischen Zuteilung erstellte Finanzplan basiere auf den Annahmen, dass rund CHF 2.5 Mio. der Besserstellung dem Eigenkapital zugeführt würden und rund CHF 5 Mio. für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden sollten. Er weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die definitive Verwendung des voraussichtlichen Ertragsüberschusses im kommenden Mai 2008 durch das Parlament beschlossen werde. Diese zusätzlichen Abschreibungen, welche ins Auge gefasst würden, führten auch in den Folgejahren, so bereits im Jahr 2008, zu markant tieferen Abschreibungen und zu spürbar tieferen Passivzinsen. In leicht reduziertem Ausmass würden somit auch die folgenden Finanzplanjahre zusätzlich verbessert.

Der GPK-Sprecher habe bereits darauf hingewiesen, dass aufwandseitig dem Sachaufwand erneut grosse Beachtung geschenkt worden sei. Das gesteckte Ziel, nämlich den Sachaufwand tiefer als in der Rechnung 2006 auszuweisen, habe erfüllt werden können. Wenn man die Gebäudenebenkosten und die verursacherfinanzierten Bereiche wie Abfallgebühren und Feuerwehropflichtersatzsteuer ausklammere, sei das Ziel der Reduktion um 2,5 % erreicht worden. Wie er bereits erwähnt habe, könnten tiefere Abschreibungen und tiefere Passivzinsen vorgesehen werden. Im Gegensatz zu anderen Lastenverteilern könne im Lastenverteiler Sozialbereich mit einer leichten Reduktion gerechnet werden. Auf all diese positiven Faktoren sei man dringend angewiesen gewesen, da auf der Gegenseite namhafte zusätzliche Aufwendungen für das Jahr 2008 anfallen würden. Es seien dies für den Finanz- und Lastenausgleich rund CHF 2,3 Mio. mehr als im Jahr 2007 und für die Kulturförderung rund CHF 0,3 Mio., welche zusätzlich aufgewendet werden müssten.

Bei der Erarbeitung des Investitionsplans sei das bewährte Priorisierungssystem erneut angewendet worden. Wenn man die sechs Jahre der Investitionsplanung näher betrachte, habe sich der Betrag im Vergleich zum Vorjahr eigentlich kaum verändert, nämlich rund CHF 20 Mio., was einem sehr guten Wert entspreche. Er müsse aber darauf aufmerksam machen, dass einzelne grössere Investitionen zurzeit noch nicht pekuniär beziffert werden könnten. Diese seien pro memoria im Investitionsplan enthalten, so zum Beispiel gewisse grössere Sanierungsarbeiten bei der Sportanlage Füllerich. Diese Zahlen sollten bis in einem Jahr bezifferbar sein. Ein weiteres Beispiel sei die Aufwertung des SBB-Bahnhofs Gümligen. Man hoffe, dass diese Angaben ebenfalls innert Jahresfrist bekannt seien. Man warte immer noch auf verlässliche Angaben der SBB, diese sollten allerdings in den nächsten Wochen eintreffen. Im Investitionsplan sei ersichtlich, dass viele kleinere Detailpositionen aufgeführt seien, welche sich im Betrag oder in der Zeitachse leicht verändert hätten. Vorhanden seien aber zwei Geschäfte, welche sich innert einem Jahr markant verändert hätten. Die finanziellen Auswirkungen dieser zwei Geschäfte würden sich aber gegenseitig weitgehend neutralisieren. Vor einem Jahr seien für den Hochwasserschutz im Investitionsplan rund CHF 1,94 Mio. ausgewiesen worden. Den Medien habe man entnehmen können, dass der Kanton - als federführende öffentliche Körperschaft dieses Projekts - mitteilte, dass die Umsetzung des Hochwasserschutz-Projektes durch Einsprachen nachhaltig blockiert sei. Die Einsprachen richteten sich zwar schwergewichtig gegen die linke Aareseite, Richtung Belp und Kehrsatz, da dieses Projekt aber als Gesamtprojekt zu verstehen sei, sei zugleich eben auch die rechte Aareseite weitgehend blockiert. Eines der Hauptprobleme, welches sich stelle, sei namentlich die Konfliktsituation der Nutzungen der Wasserversorgungen einerseits und des Auenschut-

zes andererseits. Der Gemeinderat habe unter diesem Titel eine Lagebeurteilung durchgeführt. In der Zwischenzeit habe auch der Kanton seine Vorstellungen weiterentwickelt, wie das Projekt finanziert werden solle. Nebst namhaften Bundes- und Kantonsbeiträgen müssten sich natürlich auch die Gemeinden an den Kosten beteiligen. Aus den ausgeführten Gründen habe die Summe im Investitionsplan um CHF 1,5 Mio. reduziert werden "müssen". Es sei gar nicht im Sinne der Gemeinde Muri bei Bern, dass dieses Projekt nicht voran komme. Leider seien die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde sehr begrenzt. Die zweite namhafte Veränderung werde im Projekt Sanierung Aarbad vorgenommen. Im Investitionsplan des letzten Jahres seien für diese Sanierung lediglich CHF 0,2 Mio. vorgesehen gewesen. Das Projekt sei nun aber soweit vorbereitet, dass ziemlich genau beziffert werden könne, welche Kosten für die Gemeinde anfallen würden. Im aktuellen Investitionsplan seien deshalb CHF 1,8 Mio. dafür berücksichtigt worden. Dieses Geschäft werde dem Parlament an seiner November-Sitzung zum Beschluss unterbreitet.

Zur Motion der FDP/jf betreffend die ungebundenen Aufwendungen sei zu sagen, dass in Umsetzung dieser Motion zwei Produkte erstellt worden seien, welche in die Vorlage integriert worden seien. Einerseits sei die Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben erstellt worden. Damit der nicht zu unterschätzende Aufwand für diese Zusammenstellung habe in Grenzen gehalten werden können, habe man sich dafür entschieden, nur Aufwendungen ab CHF 10'000.00 aufzuführen und als wesentlich zu erklären. Das gesamte Budget sei nach diesen Vorgaben durchgesehen worden. So sei die Gesamtsumme von rund CHF 4,8 Mio. entstanden. Mit zwei Fussnoten sei bei einzelnen Positionen darauf hingewiesen worden, dass die aufgeführten Zahlen nicht im Massstab 1 zu 1 übernommen werden könnten. Am Beispiel der Kindertagesstätten sei aufgezeigt, dass die Liste zwar einen Nettoaufwand von CHF 847'580.00 ausweise, diese Aufwendungen aber zum grössten Teil dem Lastenausgleich zugeführt werden könnten. Ein anderes Beispiel bilde die Sportanlage Füllerich, welche in der Zusammenstellung nicht aufgeführt sei. Einerseits habe die Gemeinde zwar den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, Schulsport anzubieten und dementsprechend die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Hingegen sei die Gemeinde keinesfalls verpflichtet, Sportanlagen für Vereins- und Freizeitsport zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde wolle aber keinesfalls auf diese Leistung verzichten. Eine Aufteilung der Sportanlage Füllerich in gebundene und nicht gebundene Ausgaben wäre somit aus den aufgezeigten Gründen nicht machbar. Ein weiteres Beispiel sei die Musikschule. Dass die Gemeinde eine Musikschule betreiben solle und auch wolle, sei wohl weitgehend unbestritten. Man könne sich aber die Frage stellen, ob die Musikschule anstelle in der Villa Mettlen nicht auch in einem anderen Gebäude untergebracht werden könnte. Aus Sicht des Gemeinderates wäre es sehr theoretisch, eine Berechnung zu erstellen, welche das mögliche Sparpotenzial aufzeigen würde, wenn nun die Villa Mettlen desinvestiert werden würde. Schliesslich stehe derzeit keine andere Liegenschaft zur Verfügung, in welche die Musikschule umgesiedelt werden könnte. Kurz und gut; die aufgezeigte Zusammenstellung zeige auf, in welchen Bereichen allenfalls noch Handlungsspielraum bestehen würde.

Weiter sei im Zusammenhang mit der Motion der FDP/jf in der Botschaft zum Voranschlag eine zusätzliche Rubrik aufgenommen worden, welche die wesentlichsten Änderungen zwischen der Rechnung 2006 und dem Voranschlag 2008 aufzeige. Der Gemeinderat werde diese neue Rubrik künftig in jede Botschaft zum neuen Voranschlag/Finanzplan aufführen. Die separate Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben werde nur in diesem Jahr beigelegt.

Schlussendlich gebe es noch einige Worte zur Steueranlage der Einwohnergemeinde zu sagen. Der Gemeinderat schlage dem Parlament im Einvernehmen mit der einstimmigen Zustimmung der Finanzkommission vor, dass die Steueranlage für das Jahr 2008 für die Gemeinde Muri bei Bern unverändert bei 0,99 belassen werden sol-



le. Angesichts vom voraussichtlich hervorragenden Abschluss für das Jahr 2007 und den wesentlich verbesserten Finanzplanzahlen für die Jahre 2008 und folgende sei aus Sicht des Gemeinderates eine Steuererhöhung nicht nur völlig unnötig, sondern man sei auch überzeugt, dass den Stimmberechtigten angesichts des finanzpolitischen Umfeldes, in welchem sich die Gemeinde befinde, eine Erhöhung der Steueranlage nicht kommuniziert werden könnte. Ebenso sei der Gemeinderat überzeugt, dass der Zeitpunkt für eine Senkung der Steueranlage, beispielsweise auf 0,95 Einheiten, ebenso wenig gegeben sei. In diesem Zusammenhang erscheine dem Gemeinderat wichtig, dass der Zeithorizont über das Jahr 2008 hinaus, mindestens bis ins Jahr 2009, betrachtet werde. Der Finanzplan zeige deutlich auf, dass sich das Jahr 2009 im Moment in einem sehr kritischen Bereich befinde, es werde nämlich ein Defizit von CHF 5,2 Mio. ausgewiesen. Man könne sich nicht darauf verlassen, dass im kommenden Jahr ebenso ausserordentliche zusätzliche Erträge, wie es in diesem Jahr der Fall sei, hinzukommen würden. Eine Senkung der Steueranlage würde bedeuten, dass sich das Defizit bereits im Jahr 2008 und anschliessend auch im Jahr 2009 entsprechend erhöhen würde. Wenn in den nächsten zwei Jahren eine Steueranlage von beispielsweise 0,95 gelten würde, würde das Eigenkapital mehr als halbiert und betrüge Ende 2009 noch ca. CHF 8,7 Mio. Dies entspräche noch ca. zwei Steuerzehnteln, was nicht mehr den Vorgaben eines Eigenkapitals von mindestens drei Steuerzehnteln entspräche. In den vergangenen Jahren sei aus der Mitte aller Fraktionen zu Recht vermehrt das Bedürfnis nach Zahlungen zum Schuldenabbau geäussert worden. Diesem Bedürfnis habe die Gemeinde in den letzten zwei Jahren glücklicherweise mit namhaften Beträgen nachkommen können. Es handle sich um rund CHF 10 Mio. Schulden, welche hätten abgebaut werden können. Eine Steuer-senkung zu diesem Zeitpunkt würde unweigerlich zu einer Schuldenerhöhung führen. Die Gemeinde Muri bei Bern verfüge nunmehr seit sechs Jahren über eine unveränderte Steueranlage von 0,99. Angesichts der ständig steigenden finanziellen Belastung durch den Kanton sollte das strategische finanzpolitische Ziel sein, die Steueranlage von 0,99 bis auf Weiteres stabilisieren zu können. Wie sich die Situation in zwei bis drei Jahren präsentiere, werde neu untersucht werden müssen. Aus Sicht des Gemeinderates wären zum heutigen Zeitpunkt sowohl eine Erhöhung wie auch eine Senkung der Steueranlage nicht zielführend. Vor diesem Hintergrund beantrage der Gemeinderat dem Parlament die Verabschiedung der unterbreiteten Anträge.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Allgemeine Fraktionserklärungen vorab, anschliessend Detailberatung des Investitionsplanes 2007 - 2012 und des Voranschlags 2008. Der Finanzplan werde zur Kenntnis genommen. Sie mache die Ratsmitglieder darauf aufmerksam, dass Anträge klar als solche zu deklarieren seien und dass über diese sofort abgestimmt werde. Weiter weise sie darauf hin, dass über einen allfälligen Rückweisungsantrag am Schluss der Detailberatung, jedoch vor der Schlussabstimmung, abgestimmt werde.

Zu diesem Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Peter Kästli dankt vorab seitens der FDP/jf-Fraktion der Finanzverwaltung unter der Leitung von Beat Schmid für die gewohnt gute und fundierte Vorbereitung des Geschäftes. Der vorliegende Finanzplan und der Voranschlag 2008 profitiere, wie vorgängig ausgeführt worden sei, davon, dass die Rechnung für das Jahr 2007 wesentlich besser abschliessen werde als budgetiert. So werde anstelle eines Defizits von rund CHF 0,4 Mio. ein Gewinn von über CHF 2 Mio. resultieren, dies bei zusätzlichen Abschreibungen in der Höhe von CHF 5 Mio. Dies werde möglich, weil im Jahr 2007 ausserordentlich grosse Erbschaftssteuererträge angefallen seien. Ab 2009 und den folgenden Jahren würden die Aufwandüberschüsse voraussichtlich zwischen CHF 5 und 2,4 Mio. betragen, dies ausschliesslich aufgrund von kantonalem Recht, insbe-

sondere der Steuergesetzrevision und dem kantonalen Lastenausgleich. Gemildert würden die trüben Aussichten voraussichtlich durch die Desinvestitionen, welche in diesen Jahren getätigt werden sollten. Aufgrund der FDP/jf-Motion betreffend Budgettransparenz bezeichne der Gemeinderat im vorliegenden Geschäft die wesentlichen Änderungen zwischen Budget 2008 und der Jahresrechnung 2006. Dies trage nach Ansicht der FDP/jf wesentlich zur Klarheit in diesem Traktandum bei und sei zu begrüßen; diese Auflistung sei ebenfalls in den folgenden Jahren weiter zu führen. Weiter danke er für die grosse und sinnvolle Arbeit, welche mit der Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben, entstanden sei. Trotzdem bleibe bezüglich dieser Liste ein schaler Beigeschmack. Dieser komme daher, dass wichtige selbstgewählte Aufgaben der Gemeinde, wie beispielsweise die Spitex oder die Musikschule, nicht einmal pro memoria erwähnt seien, obwohl diese in der heutigen Form klarerweise als ganz oder teilweise selbstgewählt betrachtet werden müssten. Die FDP/jf-Fraktion betrachte aus diesem Grund Buchstabe a der Motion Budgettransparenz gemäss Ziffer 27 des vorliegenden Geschäfts zwar auf gutem Weg, aber klarerweise als noch nicht erfüllt. Da sich die Situation um das Budget 2008 mit allfälligen Reserven aus Desinvestitionen ab dem Jahr 2009 besser und entspannter präsentiere, als noch vor Jahresfrist habe erwartet werden müssen und aufgrund der Liste der selbstgewählten Aufgaben sei der Handlungsspielraum der Gemeinde bis zu einem gewissen Grad sichtbar geworden. Dies hätte bei der FDP/jf-Fraktion Gedanken betreffend einer Steuersenkung für das Jahr 2008 aufkommen lassen. Die vernünftige Würdigung sämtlicher Fakten, insbesondere in Anbetracht der erheblichen Unsicherheiten betreffend dem Jahr 2009, habe die FDP/jf-Fraktion dazu bewogen, zum heutigen Zeitpunkt noch keine Steuersenkung zu beantragen. Dies aus dem Grund, weil die Fraktion ein vernünftiges Handeln zum Nutzen von allen Bürgerinnen und Bürgern unterstütze. So sollten weiterhin keine Steuern auf Vorrat angehäuft, der Abbau von Verschuldung vorangetrieben und zurückhaltende und sinnvolle Investitionen getätigt werden. In diesem Sinne beantrage die FDP/jf-Fraktion, den Investitionsplan, den Voranschlag mit einer Steueranlage von 0,99 sowie eine Besoldungsanpassung von 1,9 % für das Jahr 2008 zu genehmigen.

Martin Häusermann hält für die Forum-Fraktion einleitend fest, dass bei aller Euphorie über den bevorstehenden Rechnungsabschluss 2007 und die dadurch kurzfristig etwas entspannte Finanzlage nicht vergessen werden dürfe, dass der Voranschlag für das Jahr 2008 ein Defizit von gut CHF 1 Mio. ausweise. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass das gegenüber bisherigen Annahmen verbesserte Budget 2008 nicht zuletzt wegen Desinvestitionen von Landparzellen so positiv daherkomme. Es dürfte allseits bekannt sein, dass Desinvestitionen der Gemeinde die Substanz entziehen würden und deshalb nicht beliebig fortgesetzt werden dürften, Zurückhaltung sei also geboten. Die Forum-Fraktion weise auch darauf hin, dass der Investitionsplan über die Planperiode voraussichtlich nicht so optimistisch umsetzbar sein werde, stünden doch einige grössere Investitionen an, welche lediglich pro memoria aufgeführt seien. Namentlich werde auf die Einführung der Tagesschule Muri und die Realisierung des Kindergarten-Konzeptes hingewiesen. Die Investitionsplanung mit dem Priorisierungssystem bewähre sich und führe zu einer verbesserten Selbstfinanzierung. Das Forum anerkenne aber ausdrücklich die konsequente Haltung beim Sachaufwand und danke an dieser Stelle der gesamten Verwaltung. Das Forum habe bereits früher Variantenvorschläge mit verschiedensten Steuersätzen gewünscht. Merkwürdigerweise sei dem nun erst jetzt - nachdem eine Fraktion eine Variante mit einem tieferen Steuersatz gewünscht habe - nachgegeben worden. Das Forum zeige sich froh, dass auch die FDP/jf keinen Antrag auf Steuersenkung stelle. Eine Steuersenkung wäre unverantwortlich und würde vom Forum deutlich abgelehnt. Das Forum werde den Anträgen des Gemeinderates zustimmen und danke Finanzverwalter Beat Schmid und seinem Team für die ausgezeichnete Erarbeitung der Unterlagen. Das Forum behalte sich vor, sich gegebenenfalls in der Detailberatung wieder zu äussern.

Urs Grütter schliesst sich im Namen der SVP-Fraktion seinen Vorrednern an, insbesondere dem Dank an die Finanzabteilung für die Erarbeitung der Unterlagen. Die SVP-Fraktion werde sich den Anträgen des Gemeinderates anschliessen, die Überlegungen dazu seien in aller Breite dargelegt worden. Er frage den Gemeindepräsidenten an, ob es sich bei seiner Aussage, dass Abschreibungen zu tieferen Passivzinsen führten, nicht um einen Versprecher gehandelt. Abschreibungen hätten schliesslich nichts mit Passivzinsen zu tun. Wenn die Gemeinde ausserordentliche zusätzliche Steuereinnahmen erhalte, sei dies eine rein finanzielle Operation, welche wiederum dazu führe, dass Schulden abgebaut werden könnten. Wie sich dies in der Ertragssituation äussere, sei eine ganz andere Frage. Er bitte um eine Präzisierung des Gemeindepräsidenten. Im Übrigen sei auch für die SVP-Fraktion eine Steuersenkung derzeit kein Thema. Allerdings müsse man sich Gedanken machen, wie man künftig mit diesen ausserordentlichen zusätzlichen Erträgen umzugehen gedenke.

Beat Wegmüller führt aus, auch die SP-Fraktion danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für die ausführliche Botschaft und die zugestellten Unterlagen, namentlich für die Zusammenstellung zu den ungebundenen Ausgaben. Der Voranschlag 2008 komme ihm vor wie zwei Mal Weihnachten. Einerseits weil die Rechnung 2007 unter einem guten Stern stehe und wegen der sehr günstigen Verhältnissen mit einem positiven Ergebnis ausfallen werde. Diese guten und ausserordentlichen Verhältnisse würden sich auch sehr positiv auf den Voranschlag 2008 auswirken. Eben zwei Mal Weihnachten. Wenn man den Finanzplan 2007 - 2012 betrachte, zeichneten sich ab dem Jahr 2009 düstere Verhältnisse ab. Die SP-Fraktion sei darum gespannt, wie das Budget für das Jahr 2009 ausfallen werde. Wolle der Gemeinderat den Turbenweg darum so rasch wie möglich verkaufen, weil sich die Einnahmen des Landverkaufs positiv auf die Rechnung und den Voranschlag auswirken würden? Die SP-Fraktion werde im Zusammenhang mit dem Turbenweg an der heutigen Sitzung eine Motion einreichen, welche die Abgabe des Grundstücks Turbenweg im Baurecht fordere. Ein Hinweis zum Investitionsplan, Seite 7, Position 620, sei noch anzubringen: Das Parlament habe an seiner letzten Sitzung den Kreisel Sonnenfeld zurückgestellt. Wenn der Gemeinderat dieses Projekt weiterhin realisieren wolle, müsste der Kredit im Jahr 2008 oder allenfalls 2009 neu eingestellt werden. Wenn nicht noch negative materielle Änderungen erfolgten, werde die SP-Fraktion dem Investitionsplan 2007 - 2012 und dem Voranschlag 2008 zustimmen.

Hans-Rudolf Saxer stellt fest, Finanzverwalter Beat Schmid habe ihm bestätigt, dass er die von Urs Grütter aufgegriffene Aussage tatsächlich gemacht habe. Es sei natürlich klar, dass Abschreibungen mit tieferen Passivzinsen absolut nichts zu tun hätten. Wenn Schulden reduziert würden, resultierten daraus tiefere Passivzinsen. Sowohl die tieferen Abschreibungen, wie auch die tieferen Passivzinsen führten zwar zu einer Verbesserung der Rechnung, hätten aber direkt miteinander nichts zu tun. Zur Aussage des SP-Fraktionssprechers betreffend zwei Mal Weihnachten möchte er festhalten, dass die Ergebnisse zwar zweifellos von günstigen Konstellationen profitierten. Es müsse aber dennoch etwas dafür getan werden, dass es Weihnachten werde und so hätten der Gemeinderat und die Verwaltung auch einen Teil zum guten Ergebnis beigetragen. Für den Hinweis betreffend Kreisel Sonnenfeld danke er bestens. Die vorliegende Version des Investitionsplanes sei am Montag, 17. September 2007, durch den Gemeinderat verabschiedet worden. Tags darauf habe der Grosse Gemeinderat das Projekt Kreisel Sonnenfeld sistiert. Diese Änderung habe noch nicht in den Investitionsplan einfließen können. Für den Gemeinderat sei klar, dass das sistierte Geschäft anfangs nächstes Jahr wieder aufgenommen und dem Parlament erneut zum Beschluss unterbreitet werde. Der Gemeinderat schlage vor, nach Genehmigung des Investitionsplanes durch das Parlament die CHF 360'000.00 eine Spalte nach rechts ins Jahr 2008 zu verschieben. Die Investitionen für das Jahr 2008 würden sich somit um diesen Betrag erhöhen.

## **Detailberatung Investitionsplan 2007 - 2012**

Lee Streit (Forum) führt aus, dass der Gemeindepräsident die Problematik, auf welche sie eingehen wolle, bereits angesprochen habe. Es gehe um das Vorhaben Rollstuhlgängigkeit/Behindertenzugang Mittelperron Bahnhof Gümligen, welches im Investitionsplan nur pro memoria aufgeführt sei. Die Problemstellung sei in der Botschaft begründet. Letztes Jahr sei dieses Vorhaben nach einer Intervention als pro memoria im Investitionsplan erfasst worden. Sie habe eigentlich erwartet, dass das Vorhaben im diesjährigen Investitionsplan nun beziffert aufgeführt oder zumindest zeitlich festgelegt werde. An einer Sitzung der "AG-Alter" habe Gemeinderat Christian Staub orientiert, dass die SBB nach einem Gespräch mit einem ranghohen SBB-Mann schriftlich bestätigt habe, dass sie bereit sei, auf das Angebot der Gemeinde einzutreten, nämlich auf die Vorfinanzierung des behindertengerechten Zugangs zum Mittelperron durch die Gemeinde. Der Gemeinderat habe daraufhin beschlossen, Schritte zur Realisierung einzuleiten. Sie frage nun an, wer für diese Schritte verantwortlich sei und wann diese eingeleitet würden. Dass das Vorhaben im Investitionsplan nach wie vor unter pro memoria aufgeführt sei, bedeute für sie noch keinen Schritt vorwärts. Sie habe zwar gesehen, dass im neuen Richtplan Verkehr, welcher zur Mitwirkung zur Verfügung stehe, auf Seite 22 unter Modernisierung des Bahnhofs Gümligen zu lesen sei, dass der behindertengerechten Bauweise die nötige Beachtung zu schenken sei. Die nötigen Massnahmen dazu seien aufgelistet. Allerdings seien auf Seite 30 in der Tabelle fünf Massnahmen aufgeführt, welche erste Priorität geniessen würden. Einzig bei "Sanierung der Perronanlage und behindertengerechter Zugang" sei kein geplantes Realisierungsjahr aufgeführt. Unter Bemerkungen sei zu lesen, dass die SBB die Federführung innehabe. Sie möchte anfragen, wer denn nun den nächsten Schritt unternehme, damit im nächsten Investitionsplan das Vorhaben mit voraussichtlicher Kostenangabe und Realisierungsjahr erscheine.

Hans-Rudolf Saxer weist darauf hin, dass die Mühlen der SBB leider sehr langsam mahlen würden. In der Tat seien gute Gespräche geführt worden und von Seiten der SBB sei signalisiert worden, dass eine weitere SBB-interne Hürde überwunden worden sei. Die Information von Gemeinderat Christian Staub sei absolut korrekt. Die SBB habe bis Ende Oktober 2007 ein entsprechendes Vorprojekt in Aussicht gestellt. Wenn diese Unterlagen bereits vor ein paar Monaten zur Verfügung gestanden wären, würde dieses Projekt sicherlich nicht lediglich als pro memoria im Investitionsplan erscheinen. Er verstehe die Ungeduld von Lee Streit. Wie sie richtig festgestellt habe, sei das Vorhaben im Richtplan Verkehr aufgeführt. Es sei aber ohne Angaben der SBB leider unmöglich, seriöse bezifferbare Angaben im Investitionsplan festzuhalten. Er sei gespannt, ob die Unterlagen bis Ende dieses Monats eintreffen würden und versichere, dass der Gemeinderat am Ball bleiben werde und das Projekt soweit als möglich, die Federführung liege wie ausgeführt bei der SBB, vorantreiben werde.

Ruth Raaflaub-Minnig (FDP) erkundigt sich, warum die Umgestaltung und die Sanierung der Trottoirs und der Beleuchtung der Aebnitstrasse auf drei Jahre verteilt sei, welche Massnahmen 1. Priorität geniessen würden und welche Massnahmen für das Jahr 2008 geplant seien.

Hans-Rudolf Saxer erläutert, dass dieses Projekt bewusst in zwei Teilgeschäfte aufgeteilt worden sei. Aus Sicht des Gemeinderates hätten namentlich die Beleuchtung und das Trottoir 1. Priorität. Dies seien sicherheitsrelevante Elemente, zudem befinde sich dort ein Schulweg, welchem besondere Beachtung zu schenken sei. Bei der Umgestaltung gehe es vorab um die berühmten Provisorien älteren Datums, die schwarz-gelben Randsteine. Diese Situation sei zwar unbefriedigend, dennoch gehe es vorab darum, die sicherheitsrelevanten Elemente umzusetzen. Die Projektierung befinde sich in den Startlöchern. Nächstes Jahr werde dem Parlament ein entsprechender Kredit zum Beschluss unterbreitet.

Die Vorsitzende macht an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass die Aufwendungen für die Umgestaltung des Kreisels Sonnenfeld für das Jahr 2008 (nicht 2007) eingestellt werden.

Zum Investitionsplan werden keine weiteren Begehren gestellt.

### **Detailberatung Voranschlag 2008**

Ursula Wenger-Kupferschmied (EVP) stellt drei Fragen zum Konto 292.365.20 "Beiträge an Konzerte, Theater, Ausstellungen, usw.": Sie frage sich, warum diese CHF 17'000.00 unter Erwachsenenbildung und nicht unter Kulturförderungen aufgeführt seien, welche Art von Veranstaltungen berücksichtigt würden und ob eine Aufstellung darüber existiere und welches Gremium über die Vergabe der Beiträge zu entscheiden habe.

Patricia Gubler-Geelhaar entgegnet, dass die Kulturkommission über die Vergabe der Beiträge entscheide.

Hans-Rudolf Saxer führt weiter aus, dass die Beiträge an Konzerte, Theater, Ausstellungen etc. offenbar seit Urzeiten unter Erwachsenenbildung aufgeführt seien. Er mache darum den Vorschlag, diese Beiträge für den Voranschlag 2008 unter Erwachsenenbildung zu belassen, aber im Rahmen der Erarbeitung des Voranschlags 2009 zu prüfen, ob allenfalls eine andere Zuteilung treffender wäre.

Ursula Wenger-Kupferschmied (EVP) stellt fest, dass an der vergangenen Sitzung des GGR mehrheitlich beschlossen worden sei, dass die Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek nicht aufzuheben und unter dem zutreffenderen Namen Kulturkommission weiterzuführen sei. Diese Kommission sei unter anderem zuständig für die Subventionsvergabe. Bezüglich der Beiträge an die regionale Kulturkonferenz, es gehe hier um das Stadttheater, das Berner Symphonieorchester, das Kunstmuseum, das Historische Museum sowie das Paul Klee-Zentrum, habe die Kommission keinen Einfluss mehr. Unabhängig von den RKK-Beiträgen seien noch das Theater an der Effingerstrasse mit CHF 20'000.00 und CHF 50'000.00 für die Unterstützung von Kulturprojekten eingestellt. Sie nehme an, dass diese beiden Posten unter der Regie der Kulturkommission stünden. Schliesslich sei ein jährlicher Beitrag von CHF 20'000.00 berücksichtigt für den Kulturverein Muri-Gümligen. Zwei Schwerpunkte im Angebot des Kulturvereins seien aber die Mettlenkonzerte und das Theater an der Effingerstrasse, beides Institutionen, welche beide bereits unter anderen Konti auftauchten. Man erhalte zwangsläufig den Eindruck einer Doppelspurigkeit. Wenn dem Credo von schlankeren Führungsstrukturen, mehr Effizienz und Transparenz nachgelebt werden wolle, so gehörten die CHF 20'000.00 logischerweise ebenfalls in die Regie der Kulturkommission. Optimale und differenzierte Entscheide, welche Institutionen punktuell begünstigt werden sollten, könnten nur durch ein zentrales Gremium gefällt werden. Es sei sicherlich kein weltbewegendes Problem, wie Muri seine Kulturbeiträge verteile. Ein kleiner Teil davon solle, wie man heute so schön sage, trotz allem nachhaltig eingesetzt werden, nämlich für die kommende Generation. Eine komplette Märchenaufführung im Käfigturm würde beispielsweise rund CHF 3'600.00 kosten. Das Theater am Käfigturm habe dieses Jahr spontan und mit einem grossen Einsatz eine eigene Produktion auf die Beine gestellt, eben das Märchen. Das Heimatschutztheater habe aus verschiedenen Gründen diese Aufführung nicht mehr durchführen können. Ihrer Ansicht nach könne man Kinder gar nicht früh genug für Kultur interessieren. Solche Theateraufführungen im Kindergartenalter seien bereits für manches Kind ein Schlüsselerlebnis, oder eben ein nachhaltiges Erlebnis, gewesen.

Die Vorsitzende erkundigt sich bei Ursula Wenger-Kupferschmied, ob ihr Votum eine konkrete Frage enthalte.

Ursula Wenger-Kupferschmied (EVP) entgegnet, sie wolle wissen, warum diese CHF 20'000.00 durch den Kulturverein verwaltet würden.

Patricia Gubler-Geelhaar erläutert, dass damals beschlossen worden sei, dass die Kulturkommission keine kleineren Kulturanlässe veranstalten solle. Für die Organisation solcher Veranstaltungen sei der Kulturverein gegründet worden. Aus diesem Grund verwalte der Kulturverein den genannten Betrag.

Ursula Wenger-Kupferschmied (EVP) erkundigt sich, ob über die Ausgaben des Kulturvereins eine Zusammenstellung geführt werde.

Patricia Gubler-Geelhaar bestätigt dies.

Zum Voranschlag 2008 werden keine weiteren Begehren gestellt.

Sowohl Martin Häusermann, GPK-Sprecher, wie auch Hans-Rudolf Saxer, GR-Sprecher, verzichten auf das Schlusswort.

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern fest und erklärt, man stimme über die vier gemeinderätlichen Anträge einzeln ab.

Beschluss (untersteht dem fakultativen Referendum)

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2007 - 2012 wird genehmigt (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen).
2. Vom Finanzplan 2007 - 2012 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden insgesamt maximal 1,9 % zur Verfügung gestellt (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen).
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2008 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
  - ordentliche Gemeindesteuer im 0,99-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
  - Liegenschaftssteuer 0,5 Promille des amtlichen Wertes;
  - Feuerwehrpflichtersatzabgabe 3 % des Kantonssteuerbeitrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
  - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.

Die Vorsitzende dankt Beat Schmid und seinem Team für die Unterstützung und die geleistete Arbeit.

#### **4 Einführung Tempo 30 in den restlichen Quartieren; Objektkredit**

Die Vorsitzende führt aus, die GPK habe keinen Sprecher bestimmt.

Beatrice Pulver-Schober, als gemeinderätliche Sprecherin, verzichtet auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Vorab allgemeine Fraktionserklärungen, anschliessend erfolge die Detailberatung.

Yong Brügger begrüsst im Namen der SP-Fraktion die Einführung von Tempo 30 Zonen in den restlichen Quartieren. Die Lebensqualität hänge in einschneidendem Masse von der Verkehrssicherheit und dem Schutz der Anwohner vor Verkehrslärm und Autoabgasen ab. Im Laufe der letzten Jahre hätten viele Städte und Gemeinden Tempo 30 auf Quartierstrassen eingeführt. Tempo 30 sei ein wichtiger Bestandteil zur Verbesserung der Lebensqualität und bringe mehr Ruhe und Sicherheit. Es sei eine lohnende Investition. Die SP-Fraktion stimme dem Objektkredit zu.

Pia Aeschimann bedankt sich im Namen der Forum-Fraktion für die Umsetzung der ersten Etappe der Einführung von Tempo 30 in gewissen Quartieren und der nun anstehenden Einführung von Tempo 30 in den übrigen Quartieren. Diese Umsetzung freue das Forum. Die Forum-Fraktion habe aber festgestellt, dass alle Schulhäuser in einer Tempo 30 Zone lägen, ausser das Schulhaus Aebnit. Man habe im Kleingedruckten lesen können, dass die Aebnitstrasse momentan noch eine Ortsverbindungsstrasse darstelle. Sie wolle in Erinnerung rufen, dass das Forum im Rahmen der ersten Etappe den Antrag gestellt habe, die Aebnitstrasse in eine Quartierstrasse umzubenennen, damit am Anfang und am Ende der Aebnitstrasse eine Tempo 30 Zonen-Tafel aufgestellt werden könnte. Somit wäre das gesamte Aebnitquartier inkl. Schulanlage eine Tempo 30 Zone. Die Motion sei leider mit dem Stichentscheid des damaligen GGR-Präsidenten verworfen worden. Der Begründung des Gemeinderates habe entnommen werden können, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine Umbenennung solcher Strassen erfolgen könne. Die Unterlagen zur Ortsplanungsrevision würden deshalb genau geprüft werden. Das Forum setze sich dafür ein, weil einerseits eine Schulanlage betroffen und andererseits im Geschäft 2 ersichtlich gewesen sei, dass allenfalls Kindergärten geschlossen würden, so zum Beispiel der Kindergarten Stöckli, dessen Kinder voraussichtlich ins Aebnitschulhaus kommen würden. Im Richtplan Verkehr sei beschrieben, dass eine Zone-30-Strasse unter anderem eine Strasse sei, bei welcher nicht auf beiden Seiten ein Trottoir vorhanden sei. Auf einer Seite der Aebnitstrasse gelange man direkt zur Strasse. Es seien weiter zwei Fussgängerstreifen vorhanden, wovon einer im Dunkeln zwischen zwei Strassenlampen liege. Zudem dürfe man gespannt sein, wie sich das Volk im Februar 2008 zum Entwicklungsschwerpunkt Gümligenfeld äussern werde, denn auch dieser Entscheid werde Auswirkungen auf das Quartier haben. Das Forum werde im Rahmen der Ortsplanungsrevision sehr genau darauf achten, ob die Umbenennung dieser Strasse erfolgen werde, ansonsten würde ein entsprechender Vorstoss eingereicht werden.

Beatrice Pulver-Schober, als gemeinderätliche Sprecherin, verzichtet auf das Schlusswort.

Beschluss (mehrheitlich / einstimmig)

Für die Einführung von Tempo 30 in den restlichen Quartieren der Gemeinde Muri bei Bern wird ein Objektkredit von CHF 296'000.00 inkl. MWST bewilligt.

## **5a Dringliche Interpellation Turbenweg von Urs Grütter, SVP**

Die Vorsitzende orientiert, dass vorab die dringliche Interpellation Turbenweg von Urs Grütter, SVP, behandelt werde.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, da die Interpellation in verdankenswerter Weise vor einer Woche zugestellt worden sei, habe der Gemeinderat den Inhalt der Interpellati-

on materiell diskutieren und Stellung beziehen können. Der Gemeinderat beantworte die gestellten Fragen wie folgt:

1. Der Gemeinderat habe vor einem halben Jahr kommuniziert, dass die Investorenausschreibung für den Turbenweg im Herbst 2007 stattfinden werde. In der Zwischenzeit sei das Geschäft intensiv bis zur Auflagereife weiter vorangetrieben worden. Die Bevölkerung sei am gestrigen Abend im Mattenhofsaal umfassend über alle Aspekte des Geschäfts informiert worden. Bereits am letzten Donnerstagabend seien die rund um den Turbenweg wohnhaften bzw. ansässigen Personen und Geschäftsbetriebe aus erster Hand orientiert worden. Beide Veranstaltungen seien auf grosses Interesse und grossen Anklang gestossen.
2. Die Investorenausschreibung sei vor 14 Tagen erfolgt. Der Ausschreibung seien umfangreiche und aussagekräftige Unterlagen beigelegt worden. Zur Offertstellung seien alle Unternehmen bzw. Personen eingeladen worden, welche in den vergangenen Jahren ihr diesbezügliches Interesse angemeldet hätten. Es seien insgesamt 11 Dossiers versandt worden. Bis zum heutigen Tag seien keine andersweitigen Begehren auf Verlängerung der Offertfrist eingereicht worden. Vor diesem Hintergrund könne die Frist von einem Monat nicht als unangemessen kurz bezeichnet werden.
3. Wie bereits mehrmals kommuniziert worden sei, hätten die am Projekt beteiligten Coop und Migros, die zwei Firmen Jordi + Partner AG sowie Marazzi GU AG beauftragt, ein entsprechendes Vorprojekt zu erarbeiten. Der Gemeinderat lege Wert auf die Feststellung, dass diese beiden mit dem Projekt vertrauten Firmen nicht zur Offertstellung eingeladen worden seien. Die Spiesse seien somit für alle eingeladenen Investoren gleich lang. Es sei aus heutiger Sicht völlig offen, welche der eingeladenen Investoren tatsächlich ein Angebot einreichen würden. Ebenso offen sei, wer schlussendlich den Zuschlag erhalten werde.
4. Um den Spielraum potenzieller Investoren noch etwas zu vergrössern, habe der Gemeinderat dennoch beschlossen, die Angebotsfrist um drei Wochen, das heisst bis Ende November 2007, zu verlängern. Der Gemeinderat sei zuversichtlich, dass bis zu diesem Zeitpunkt interessante Angebote eingereicht würden. Er gehe deshalb davon aus, dass eine noch weitergehende Verlängerung dieser Frist nicht nötig sein sollte.

Urs Grütter stellt fest, dass die Angebotsfrist bis Ende November 2007 verlängert werden solle. Er sei froh, dass sich der Gemeinderat zu dieser Verlängerung durchgerungen habe und nehme zur Kenntnis, dass diese Verlängerung den Zeitplan offenbar nicht gefährde. Er habe Rückmeldungen erhalten, nach welchen ein nicht vorbefasster Investor etwas länger bräuchte, um eine Offerte zu diesem umfassenden Projekt zu erstellen. Er habe das umfangreiche Dossier gesehen, so müsse ein Investor beispielsweise eine Bruttorenditeberechnung selber machen. Er sei der Meinung, dass eine Eingabefrist von sieben Wochen ausreiche, um sich mit dem Geschäft eingehend auseinanderzusetzen. Er danke für das Einlenken.

## **5b Neue parlamentarische Vorstösse**

Motion SP-Fraktion betreffend Abgabe Bauland Turbenweg im Baurecht

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Bauland für das geplante Einkaufszentrum am Turbenweg im Baurecht abzugeben.



Begründung:

Das Baufeld Turbenweg steht im Eigentum der Gemeinde. Es befindet sich im zentralsten Gebiet von Gümligen und ist vorzüglich erschlossen. Angesichts der hohen strategischen Bedeutung des Grundstücks ist es wichtig, langfristig den Handlungsspielraum der Gemeinde zu sichern. Deshalb soll das Grundstück im Baurecht abgegeben werden. Damit ist der strategische Handlungsspielraum der Gemeinde langfristig gewährleistet. Auch finanzpolitisch ist es vorteilhaft, wenn die Gemeinde über Jahre einen angemessenen Baurechtszins generieren kann. Mit einem zeitgemässen Baurechtsvertrag können sowohl die Bedürfnisse der Baurechtsgeberin wie auch jene der Baurechtsnehmerin oder des Baurechtsnehmers berücksichtigt werden. Der Gemeinderat hat im Übrigen in der Botschaft über die Desinvestitionen von Liegenschaften erwähnt, dass Gebäude an strategisch wichtiger Lage zur Wahrung der Handlungsfreiheit nicht veräussert werden sollen. Diese Maxime ist auch auf das Land Turbenweg anzuwenden.

Gümligen, 23. Oktober 2007

B. Wegmüller, B. Schneider, Y. Brügger, F. Ruta, J. Manz, D. Pedinelli, M. Graham, L. Streit, M. Häusermann, B. Marti, D. Schönenberger, M. Loosli, P. Aeschmann, U. Wenger (14)

Motion SVP-Fraktion: "Rüebliacker" verkaufen?

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit den Investoren (nebst über einen Verkauf) auch über eine Abgabe der für das geplante Einkaufszentrum Turbenweg benötigten Fläche im Baurecht zu verhandeln und dem Grossen Gemeinderat das Resultat anlässlich der Behandlung der Vorlage zuhanden der Gemeindeabstimmung als gleichberechtigte Variante zum Verkauf vorzulegen.

Begründung:

Die Anwendung der Desinvestitionsstrategie auf dieses Geschäft spricht bezüglich aller in Frage kommenden Kriterien dafür, dass der Boden unter dem zu realisierenden Einkaufszentrum im Eigentum der Gemeinde verbleiben sollte. Kein anderes Grundstück im Finanzvermögen der Gemeinde ist von vergleichbarer künftiger strategischer Bedeutung.

Die Gemeinde hat sich ihren Einfluss auf dieses Kerngebiet des Dorfteils Gümligen auch für die Zukunft zu erhalten, und dafür weist ein Baurechtsvertrag gegenüber den (in beiden Fällen gleichermassen vorhandenen) öffentlich-rechtlichen bzw. planerischen Möglichkeiten zusätzliche Vorteile auf. Auch das bisherige Einkaufszentrum im Turbenweg Süd hatte die Gemeinde seinerzeit im Baurecht abgegeben, und dieser Umstand wurde zu Recht bereits als Argument dafür verwendet, dass dort nicht Zustände wie bei der Teigwarenfabrik herrschen werden.

Ebenfalls für die Abgabe im Baurecht spricht, dass dann die Erträge über lange Zeit verteilt jährlich anfallen, anstatt dass der Erlös auf einmal anfällt und in kurzer Zeit aufgebraucht werden kann. Das Kapital bleibt im Bodenwert erhalten und wird mit diesem an Wert zunehmen.

Es ist sicher so, dass für den Investor ein Kauf im Vordergrund stehen wird; dies hängt aber auch von der Höhe des zu bezahlenden Baurechtszinses ab. Aus Sicht der Gemeinde könnte eine Abgabe im Baurecht selbst dann vorzuziehen sein, wenn nicht der maximal mögliche Zins verlangt wird - anstelle eines Grundstücks, welches

bislang der Gemeinde seit 1953 Aufwand verursacht hat, hätte man dann ein attraktives Zentrum in Gümligen, plus einen gewissen wiederkehrenden Ertrag, plus künftige Einflussmöglichkeiten, plus die Möglichkeit und den Erlös eines späteren Verkaufs.

Ob eine Abgabe im Baurecht einem Verkauf vorgezogen werden soll, ist eine politische Frage, welche erst beurteilt werden kann, wenn die Eckwerte beider Varianten vorliegen und insbesondere Baurechtszins bzw. Kaufpreis bekannt sind. Gründe, das Baurecht im Voraus auszuschliessen, sind keine ersichtlich; auch die Investoren werden dies nicht tun, ohne die Höhe des Baurechtszinses zu kennen. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Erfolgsgeschichte der Burgergemeinde Bern verwiesen, welche ihren Grundbesitz seit Jahrzehnten in der Form des Baurechts auf den Markt bringt und damit sehr gut fährt, ohne dass es dabei nach Vertragsablauf zu ungewollten Heimfällen gekommen wäre. Der Vergleich mit der BG Bern ist auch deshalb angebracht, weil ein Gemeinwesen als Baurechtsgeber aufgrund seiner Verlässlichkeit und Beständigkeit viele Nachteile nicht aufweist, welche dem Institut Baurecht als solchem landläufig nachgesagt werden. Zudem sind gemäss vorgestelltem Projekt ausschliesslich Mietnutzungen vorgesehen; der Gebäudekomplex wird also im Eigentum des Investors bleiben, so dass die Marktgängigkeit von Einheiten im Verkauf als Argument ebenfalls wegfällt.

Gümligen, 23. Oktober 2007

M. Loosli, B. Lehmann, M. Bärtschi, J. Aebersold, R. Friedli, U. Grütter (6)

Zu diesem Verfahren werden keine Einwände erhoben.

Die Vorsitzende informiert, dass die nächste Sitzung des Parlaments am 20. November 2007 stattfindet.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Barbara Künzi-Egli

Susanne Weber